

UNI-REPORT

27. Juni 1979

JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT FRANKFURT

Jahrgang 12 · Nr. 10

Neues Zentrum für Amerika-Forschung

An der Universität Frankfurt sind die organisatorischen Voraussetzungen zur Konzentration und Förderung der in verschiedenen Fachbereichen betriebenen Forschungen über Nordamerika getroffen worden: Am Mittwoch, dem 20. Juni, wurde das Zentrum für Nord-Amerika-Forschung (ZENAF) mit einem Festvortrag von Prof. Dr. Günter Moltmann (Hamburg) „Zur Geschichte der Amerika-Studien in Deutschland“ feierlich eröffnet.

Zu den Gästen zählten Vertreter des Hessischen Landtages und der Stadtverordnetenversammlung, der amerikanische Konsul Pugh und Vertreter des Amerika-Hauses sowie Wissenschaftler anderer Hochschulen und natürlich der Universität Frankfurt. Der Hessische Kultusminister Hans Krollmann und der Universitätspräsident Prof. Dr. Hartwig Kelm bekundeten in ihren Begrüßungen die Absicht, Anträge des ZENAF auf materielle und persönliche Förderung zu unterstützen. Die Starthilfe für das Zentrum, das nach Zustimmung der zuständigen Universitätsorgane und des Kultusministers gegründet wurde und Räume in der Bockenheimer Landstraße 140 erhielt, gab die Volkswagenstiftung.

Aufgaben und Ziele

Prof. Dr. Kurt Shell, der geschäftsführende Direktor des ZENAF, erläuterte in seiner Ansprache Aufgabenstellung und Zielsetzung des Zentrums. Hier seine Ausführungen mit wenigen Kürzungen.

*

ZENAF soll einen Beitrag dazu leisten, die Lacunae — die weißen Flecken, die es auf der bundesdeutschen wissenschaftlichen Landschaft bezüglich der Beschäftigung mit den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Strukturen und Prozessen des amerikanischen Systems gibt — zu beseitigen. Wenn Sie daran denken, daß es in der ganzen Bundesrepublik Deutschland bisher nur ein Forschungs- und Lehrinstitut gibt — das John-F.-Kennedy-Institut in Berlin —, dessen Hauptfunktion die wissenschaftliche Beschäftigung mit Nordamerika ist, und wenn Sie dies mit der Zahl jener vergleichen, die sich in den USA an Universitäten oder Colleges oder Großbritannien mit deutscher Politik und Gesellschaft beschäftigen, so stoßen wir auf eine beinahe groteske Diskrepanz: der amerikanischen „Conference Group of German Politics“ gehören etwa 250 Mitglieder an; der „British Association for the Study of German Politics“ ca. 70 Mitglieder. Eine seit einem Jahr bestehende Arbeitsgruppe deutscher Politologen, die über die USA arbeiten, hat es bisher noch nicht auf fünfundzwanzig gebracht — und von diesen beschäftigen sich die meisten mit amerikanischer Außenpolitik.

Mit der Gründung von ZENAF verbinde ich auch die Hoffnung, daß hier ein Schritt getan wird hin auf die Überwindung der Abschottung von Disziplinen gegeneinander und der Vereinzelung von Wissenschaftlern — ein Übel, das be-

sonders in der deutschen Wissenschaftstradition verankert ist und durch die Abschaffung der alten Ordinarienuniversität und der Errichtung von Fachbereichen „und Betriebs-einheiten“ nach wie vor nicht beseitigt ist. Denn in ZENAF treffen sich derzeit schon Wissenschaftler aus drei Fachbereichen, und das Zentrum ist offen für Mitglieder anderer Fachbereiche — ich denke hier besonders an Juristen und Wirtschaftswissenschaftler —, deren Beiträge zu einem interdisziplinär angelegten Forschungs- und Lehrprogramm außerordentlich wertvoll wäre. Denn ein weiteres Ziel von ZENAF ist es, in der Lehre zu koordinierten, aufeinander bezogenen Lehrangeboten zu kommen, so daß die gegenwärtig weitverbreitete Orientierungslosigkeit der Studenten überwunden werden kann; damit auch ein wissenschaftliches Fundament, das die ge-



gegenseitigen Abhängigkeiten und Bezüge von Sprache, Literatur, Kultur, Gesellschaft, Wirtschaft und Politik wirklich berücksichtigt, zu legen für die zukünftige praktische Tätigkeit unserer Studenten in verschiedenen professionellen Bereichen; wie auch die derzeit so dünne Decke des wissenschaftlichen Nachwuchses auf diesem Gebiet durch Verzahnung von Lehre und Forschung zu verstärken.

Ich möchte mich nun kurz der — keineswegs selbstverständlichen — zu beantwortenden —

(Fortsetzung auf Seite 2)

Zur Eröffnung des ZENAF sprachen Universitätspräsident Hartwig Kelm, Kultusminister Hans Krollmann, der Hamburger Historiker Prof. Günter Moltmann und der geschäftsführende Direktor des Zentrums, Prof. Dr. Kurt Shell (v. links). Rechts im Bild der amerikanische Konsul Pugh. Foto: Heisig

Kultusminister äußert sich zur Studienreform

Der hessische Kultusminister hat inzwischen den angekündigten Erlaß zur Studienreform im Hinblick auf Regelstudienzeiten, Möglichkeiten der Fristverlängerungen und Meldefristen den Hochschulen zugeleitet (siehe Uni-Report vom 16. 5. 1979). Der Kultusminister begrüßt zunächst in seinem Erlaß vom 25. Mai die Bemühungen zahlreicher Hochschulen und Fachbereiche um eine Reform des Studiums sowie die Absicht der Hochschulpräsidenten und Fachhochschulrektoren, der Studienreform in ihren nächsten Konferenzen besondere Beachtung zu schenken. Er erinnerte an die im Juni 1980 ablaufende Frist zur Anpassung der Studien- und Prüfungsordnungen an das Hessische Hochschulgesetz (HHG), betont aber: „Die Studienreform ist kein einmaliger Akt, sondern ein ständiger Prozeß...“

Anschließend stellt der Kultusminister klar, wie er die Bestimmungen zur Regelstudienzeit und zu den Meldefristen interpretiert. Hierzu der Erlaß im Wortlaut:

3. Neue und reformierte Studiengänge müssen den Anforderungen des HHG Rechnung tragen. Unter anderem sind in den jeweiligen Prüfungs- bzw. Studienordnungen Studienzeiten vorzusehen, in denen in der Regel ein erster, berufsqualifizierender Abschluß erworben werden kann. (Siehe dazu Paragraph 45 Abs. 1 und 4¹).

Unabhängig von den auf Antrag des einzelnen Studenten individuell zu gewährenden Fristverlängerungen bis zum nächsten Prüfungstermin (mindestens 6 Monate) bzw. — bei Vorliegen besonderer persönlicher Gründe — bis zu 12 Monaten, können die in der Prüfungsordnung festgelegten Meldefristen durch Einräumung von Nachfristen um mehr als 12 Monate verlängert werden, wenn der Student die Gründe hierfür (z.B. ein für die Einhaltung der Fristen unzureichendes Lehrangebot) nicht zu vertreten hat.

Als einen Grund für die Nachfristgewährung, den der Student nicht zu vertreten hat, erkenne ich an, wenn zunächst geprüft werden soll, ob das neue bzw. inhaltlich geänderte oder neu gegliederte Curricu-

lum innerhalb der für den Erwerb eines ersten, berufsqualifizierenden Abschlusses festgesetzten Studienzeit und unter Berücksichtigung der ggf. für die Meldung zu Vor-, Zwischen- und Abschlußprüfungen vorgesehenen Fristen studiert werden kann. Für die Dauer einer Erprobungsphase bin ich daher damit einverstanden, daß Studenten nach Paragraph 58 Abs. 2 Satz 4 HHG²) generell eine Nachfrist eingeräumt wird, deren Länge sich nach den Erfordernissen der Erprobung des Studiengangs bemisst.

Auf Antrag des Fachbereichs entscheidet in diesem Falle der Leiter der Hochschule unter Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse über die generelle Gewährung angemessener Nachfristen hinsichtlich Vor-, Zwischen- und Abschlußprüfung — bei Nachfristen von mehr als 6 Monaten im Benehmen mit der zur Ab-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Ergebnis der Wahlen zum 5. Konvent 1979–1981

Die Zahlen in Klammern sind die Ergebnisse der Wahlen zum 4. Konvent im Sommer 1977.

Hochschullehrer

Wahlberechtigt: 665
Wahlbeteiligung: 86,8 % (92,0)
Liste 1: Liberale
Hochschulreform (LH) 34,1 % (33,0) 12 (12) Sitze
Liste 2: Ratio 73 30,0 % (31,5) 11 (11) Sitze
Liste 3: DHR Demokratische Hochschulreform 21,6 % (21,3) 7 (7) Sitze
Liste 4: NIK 14,3 % (14,2) 5 (5) Sitze

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Wahlberechtigt: 1420
Wahlbeteiligung: 53,5 % (62,6)
Liste 1: DH Demokratische Hochschule 52,6 % (36,1)* 11 (6) Sitze
Liste 2: NIK 47,4 % (47,2)* 9 (7) Sitze
* Bei den letzten Wahlen kandidierte in dieser Gruppe eine weitere Liste „unabhängige Assistenten“. Sie erhielt 16,7 % = 2 Sitze.

Studenten

Wahlberechtigt: 23 409
Wahlbeteiligung: 35,5 % (47,8)
Liste 1: Liberaler Hochschulverband/LHV 13,1 % (13,4) 3 (3) Sitze
Liste 2: Unabhängige Fachbereichsgruppen 16,9 % (15,3) 4 (3) Sitze
Liste 3: Sozialistische Konventsinitiative (SKI) 24,0 % (20,7) 6 (5) Sitze
Liste 4: Juso-Hochschulgruppe 18,7 % (20,1) 5 (5) Sitze
Liste 5: RCDS 21,2 % (22,1) 6 (5) Sitze
Liste 6: MSB Spartakus 6,2 % (8,5) 1 (2) Sitze

Sonstige Mitarbeiter

Wahlberechtigt: 4647
Wahlbeteiligung: 34,5 % (43,0)
Liste 1: ÖTV 60,6 % (*) 6 (*) Sitze
Liste 2: Fortschrittliche Aktion 39,4 % (46,3) 4 (4) Sitze
* Die ÖTV hatte bei den Wahlen 1977 zwei getrennte Listen. Im Kernbereich erhielt sie 21,7 % = 2 Sitze, im Klinikum 32,0 % = 2 Sitze.

Die Namen der Mitglieder im 5. Konvent stehen auf Seite 3.

Die letzte Ausgabe von UNI-REPORT

im Sommersemester 1979 erscheint am 11. Juli 1979. Redaktionsschluß ist am 4. Juli um 12.00 Uhr. UNI-REPORT steht im Rahmen seiner Möglichkeiten allen Universitätsmitgliedern für Veröffentlichungen zur Verfügung.

